



## Antrag

der Fraktion von CDU

### **Bürokratische Belastungen beim Mindestlohn für Mittelstand, Vereine und Verbände abbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die bürokratischen Erfordernisse bei der Umsetzung des Mindestlohnes erhebliche negative Belastungen für die mittelständischen Unternehmen und zahlreiche ehrenamtlich geführte Vereine und Verbände in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales darstellen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich im Bundesrat für Nachbesserungen bei den Ausführungsbestimmungen zum Mindestlohn einzusetzen, um insbesondere

1. die Regelungen zum Mindestlohn von unnötigen Pflichten zur Dokumentation zu befreien;
2. den mit der Umsetzung der Regelungen zum Mindestlohn verbundenen Verwaltungsaufwand für die zuständigen staatlichen Stellen sowie der Unternehmen im planendem und ausführenden Bereich zu verringern;
3. In Anlehnung an die VOB/VOL Ausschreibungskriterien eine rechtliche Präzisierung der Prüfpflichten eines Generalunternehmers gegenüber seinem Auftragnehmer vorzunehmen, damit eine "Kettenhaftung" verhindert wird;
4. durch eine Veränderung der Schwellenwerte beim Monatseinkommen sowie der Mitarbeiterzahl die Dokumentationspflichten deutlich zu reduzieren;
5. geringfügig Beschäftigte, bei denen der Lohn und die Arbeitszeiten vertraglich festgeschrieben sind, von den Dokumentationspflichten komplett zu befreien.

Die Landesregierung soll darüber hinaus darauf hinwirken, dass die Regelungen zum Mindestlohn für die Sportvereine und -verbände im Bereich des Amateur- und Nachwuchsleistungssportes grundsätzlich flexibler gestaltet werden.

Johannes Callsen  
und Fraktion